



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

FRAUEN IN DER POLNISCHEN POLITIK

- **ANALYSE**
Frauen in der polnischen Politik am Beispiel der Außenpolitik und der territorialen Selbstverwaltungswahlen 2018 2
Małgorzata Druciarek und Agnieszka Łada, Warschau
- **TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT**
Frauen im Bereich polnische Außenpolitik 7

- **CHRONIK**
16. April 2019 – 6. Mai 2019 8

Frauen in der polnischen Politik am Beispiel der Außenpolitik und der territorialen Selbstverwaltungswahlen 2018

Małgorzata Druciarek und Agnieszka Łada, Warschau

Zusammenfassung

Frauen sind immer noch in der Minderheit auf der politischen Bühne Polens. Die Anzahl der Frauen auf Positionen im Bereich der Außenpolitik hängt in Polen vom konkreten Arbeitsbereich ab. In der Politik sind sie immer noch deutlich in der Unterzahl. In der Diplomatie stellen Frauen einen sichtbaren Anteil, allerdings sind es auf den Botschafterposten immer noch nicht viele. Relativ am stärksten vertreten sind Frauen auf Expertenposten, beispielsweise in Hochschulen und Think Tanks. Doch auch hier lässt sich beobachten, je höher in der Hierarchie, desto geringer der Frauenanteil. Die Analyse der Ergebnisse der Selbstverwaltungswahlen im Jahr 2018 zeigte, dass sich der Anteil der Frauen in den lokalen politischen Organen etwas vergrößert hat, aber immer noch unter 30 % liegt. Folglich ist ein realer Einfluss von Frauen auf die Entscheidungen in den meisten Gemeinden, Kreisen und Woiwodschaften nicht garantiert.

100 Jahre Frauenwahlrecht

Das Jahr 2018 war mit Blick auf die Gleichberechtigung der Polinnen und Polen ein politisch außerordentlich wichtiges Jahr. 2018 wurde der 100. Jahrestag der Erlangung des aktiven und passiven Wahlrechts für die Polinnen begangen. Die Polinnen hatten sich als eine der ersten in Europa das Frauenwahlrecht erkämpft. Vorher hatten dies nur die Finninnen (1906), die Norwegerinnen (1913) sowie die Isländerinnen und Däninnen (1915) erreicht. Führte die frühe Gleichberechtigung von Männern und Frauen beim Wahlrecht dazu, dass sich Polen mit Blick auf die Präsenz von Frauen auf der politischen Bühne im Vergleich zu anderen Ländern positiv unterscheidet? Nach dem neuesten globalen Ranking der *Inter-Parliamentary Union* (Stand: 1. Januar 2019) steht Polen auf Platz 55 unter den 193 erhobenen Ländern. In der Klassifikation der 57 Mitgliedsländer der OSZE (2016) belegte Polen Platz 20 in Bezug auf den Frauenanteil in den ersten Parlamentskammern. Im Ranking »Global Gender Gap Report 2018« wiederum stand Polen auf Platz 42 von 149 untersuchten Ländern. Im politischen Bereich (*political empowerment*), also was die Präsenz der Frauen auf den Minister- und Ministerpräsidentenpositionen betrifft, erhielt Polen allerdings mit dem 50. Platz ein noch niedrigeres Ergebnis.

Das Jubiläumsjahr 2018 ist eine gute Gelegenheit zu resümieren, was die Frauen in der Politik erkämpfen konnten, sowie die Situation der Frauen auf der polnischen politischen Bühne zu betrachten. Die hier vorgestellte Analyse entstand auf der Grundlage von Ergebnissen zweier Untersuchungen: einer Untersuchung der Situation und Rolle von Frauen in der polnischen Außenpolitik und einer Untersuchung zum Thema Frauen in den territorialen Selbstverwaltungswahlen 2018. Während das Institut für Öffentliche Angelegenheiten (*Institut Spraw Publicznych – ISP*) in Warschau

(Warszawa) seit dem Jahr 2011 ein Monitoring mit Blick auf die Präsenz von Frauen auf den Wahllisten durchführt, gab es bisher keine Analysen zur Anwesenheit von Frauen in der polnischen Außenpolitik. Eine solche wurde nun vom *ISP* zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung erstellt. Die erstgenannte Untersuchung beruht auf der Analyse des Zahlenmaterials zur Anzahl der Frauen und den von ihnen eingenommenen Positionen im Bereich der Außenpolitik (zu der auch die Sicherheits- und die Europapolitik gerechnet wurden) sowie auf 27 vertiefenden Einzelinterviews mit Frauen, die folgende Gruppen repräsentieren: Politikerinnen, die sich im Rahmen ihrer Spezialisierung unmittelbar mit der Außen- und/oder Europapolitik beschäftigen; Diplomtinnen und Beamtinnen der zentralen und der Selbstverwaltungsebene; Expertinnen staatlicher und nicht staatlicher Hochschulen sowie anderer Forschungseinrichtungen; Journalistinnen, die sich in diesem Thema spezialisiert haben. Die Folgerungen aus den Interviews reflektieren die Meinungen der Befragten. Die zweitgenannte Untersuchung entstand auf der Basis von Analysen statistischer Daten zum Anteil von Frauen bei den territorialen Selbstverwaltungswahlen sowie auf der Grundlage von Interviews mit Vertreterinnen wichtiger politischer Gruppen über Strategien der unterschiedlichen Parteien gegenüber den Kandidatinnen, die in den Wahlen aufgestellt werden.

Frauen in der polnischen Außenpolitik

Die Repräsentanz von Frauen im Bereich der Außenpolitik wird von den befragten Frauen als bedeutend bewertet, allerdings vor allem in Behörden und im Bereich der Diplomatie. Insbesondere die Anzahl von Beamtinnen und Diplomtinnen, die sich mit der europäischen Thematik befassen, ist vor dem Hintergrund anderer außenpolitischer Bereiche relativ hoch. In der Politik

wird die Situation als deutlich schlechter wahrgenommen. In der öffentlichen Sphäre – in den Medien oder bei Diskussionsveranstaltungen – dominieren Männer immer noch deutlich. In allen analysierten Situationen überwiegt der Anteil der Frauen auf der niedrigeren und mittleren Ebene, auf denen die Arbeitsintensität am höchsten, der reale Einfluss auf Entscheidungen jedoch unterschiedlich ist. In Führungspositionen gibt es nach wie vor mehr Männer als Frauen. Dies geht einher mit der selteneren Präsenz von Frauen bei Diskussionsveranstaltungen, wichtigen Treffen oder als Kommentatorinnen in den Medien.

In den Ausschüssen des Sejm und des Senats, die sich mit Außenpolitik befassen, stellen Frauen 20 % der Mitglieder. Jeder vierte Abgeordnete des Europäischen Parlaments aus Polen ist eine Frau. In den zentralen Institutionen (Ministerien ohne Außenministerium, Kanzlei des Ministerpräsidenten bzw. des Präsidenten) werden 28 % der Positionen, die für außenpolitische Angelegenheiten verantwortlich sind, von Frauen bekleidet. Im Außenministerium arbeiten viele Frauen, aber nur jeder fünfte, der das Amt des Botschafters, Generalkonsuls oder Direktors eines Polnischen Instituts (*Institut Polski*; vergleichbar mit dem Goethe-Institut, Anm.d.Übers.) innehat, ist eine Frau. Auf leitenden Funktionen in der Zentrale stellen die Frauen 23 %.

Unter den Diplomatinen herrscht dennoch die Überzeugung, dass die Anzahl der Frauen im Außenministerium sehr groß ist und dass sie wichtige Positionen bekleiden, obwohl gegenwärtig keine Frau der inneren Leitung des Ministeriums angehört. Des Weiteren heißt es, dass sich die Frauen mit solchen Bereichen befassen, die traditionell Männern zugeschrieben wurden, wie Sicherheits- oder Wirtschaftspolitik. Die Politikerinnen nehmen wahr, dass Frauen im Bereich der Außenpolitik unterrepräsentiert sind, was sie unter anderem mit den sozial zugeschriebenen Rollen der Ehefrau und Mutter in Verbindung bringen, aber auch mit der finanziell attraktiven Tätigkeit (Dienstreisen ins Ausland, insbesondere zum Europäischen Parlament oder zum Dienort), um die die Männer stark kämpfen.

Deutlich sichtbar sind auch Unterschiede zwischen Think Tanks und Hochschulen. In den Think Tanks sind das Bewusstsein der Gleichberechtigung und die Anstrengungen, Frauen nicht zu diskriminieren, relativ hoch und es werden Lösungen gefunden, familiäre und berufliche Verpflichtungen miteinander zu vereinbaren. An den Hochschulen treten nach wie vor deutliche Formen von Diskriminierung auf, und über Maßnahmen für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern wird selten nachgedacht. Jedoch hat sich auch hier die Lage in den letzten Jahren verbessert. Die Unterschiede in der Wahrnehmung des Problems ergeben sich auch

aus den unterschiedlichen Prioritäten, die in diesen beiden Gruppen gesetzt werden, sowie aus dem System der Aufstiegsmöglichkeiten und Einflussnahme. Die Zahlen zeigen, dass der Frauenanteil in beiden Bereichen immer noch geringer ist. An den staatlichen und privaten Hochschulen werden 39 bzw. 32 % der Leitungspositionen von Frauen besetzt, den Dokortitel oder einen höheren akademischen Titel tragen 36 bzw. 40 % der Frauen. In den Think Tanks stellen Frauen 33 % des wissenschaftlichen Personals und üben 30 % der Leitungspositionen aus. Die große Anzahl von Frauen, die niedrigere Positionen an den Universitäten oder in der Verwaltung bekleiden, lässt sich unter anderem damit erklären, dass das Einkommen in diesen Bereichen relativ niedrig ist und sich im Allgemeinen mehr Frauen als Männer für eine Tätigkeit dort entscheiden.

Diskriminierung durch Geringschätzung

Frauen, die im Bereich der Außenpolitik tätig sind, beobachten Veränderungen im Umgang mit der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Dennoch finden Fälle von Diskriminierung statt, die vor allem auf Geringschätzung seitens der männlichen, insbesondere älteren Kollegen und im Bereich der Hochschulen beruhen, als da wären der fehlende Glaube an die Kompetenzen der Frauen oder Bemerkungen über das Äußere. Allerdings ist eine generationelle Entwicklung deutlich erkennbar: Die jüngeren Kollegen legen gegenüber ihren Kolleginnen ein partnerschaftlicheres Verhalten an den Tag.

Ein Aspekt der Präsenz von Frauen in der öffentlichen Sphäre, der ebenfalls mit dem Bereich der Außenpolitik verbunden ist, ist die Teilnahme von Frauen an Treffen und Diskussionen von Expertinnen und Experten, u. a. in den Medien. Unter den Befragten herrscht die starke Überzeugung, dass die Zahl der teilnehmenden Frauen in diesen Formaten statistisch deutlich unter der Anzahl der beteiligten Männer liegt. Die deutliche Mehrheit der Interviewpartnerinnen meint, dass bei der Zusammenstellung der Einladungen für die Teilnahme an solchen Treffen oder Podiumsdiskussionen schneller die Namen von Männern erinnert werden und keine ausreichende Mühe aufgewendet wird, Expertinnen zu suchen. In manchen Institutionen, wie Hochschulen oder Behörden wird nicht reflektiert, ob man sich um eine angemessene Präsenz von Frauen gekümmert hat. Gleichzeitig sagten die Befragten auch, dass der Mangel an Frauen sowohl in Panels als auch bei Treffen von Expertinnen und Experten, die Frauen selbst organisieren, teilweise darauf zurückzuführen ist, dass Frauen ihre Teilnahme absagen, weil sie sich nicht ausreichend kompetent fühlen. Ähnlich verhält es sich bei der Besetzung von Leitungspositionen – Männer lehnen sie selten mit dem Argu-

ment des Familienwohls oder fehlender Kompetenz ab, Frauen dagegen führen manches Mal solche Gründe an.

Quoten – eine gute Lösung in der aktuellen Situation

Die befragten Frauen wollen für ihre Kompetenzen wertgeschätzt werden, diese würden, so die Respondentinnen, eine Schlüsselrolle bei der Stellenvergabe, für ihre Karriere sowie bei Personalentscheidungen spielen. Gleichzeitig nehmen die Befragten wahr, dass die Doppelbelastung der Frauen durch Beruf und häusliche Pflichten das Haupthindernis für die Karriere darstellt. Darüber hinaus ist die Mehrheit der Interviewten der Meinung, dass sich eine Frau mehr anstrengen muss, um etwas zu erreichen, und in der Regel harte Arbeit aufwenden muss. Allerdings nimmt hier die Persönlichkeit auch wesentlichen Einfluss, denn von ihr hängt es ab, welche Bedeutung man in der Branche habe. Einfluss kann man auf unterschiedliche Weise ausüben, so durch eine leitende Funktion, durch Aktivitäten in den sozialen Medien oder wissenschaftliche Tätigkeit. Geteilt sind allerdings die Ansichten darüber, in welchem Maße Geschlechterquoten bei der Besetzung von politischen Ämtern und Posten von Expertinnen und Experten eine notwendige Lösung darstellen. Über die Quoten für die Wahllisten herrschte dagegen eine deutlich größere Einigkeit. Fast alle Befragten meinten, dass dieser Mechanismus notwendig war und weiterhin ist. Alle Interviewten stimmten darin überein, dass im Berufsleben die Kompetenzen ausschlaggebend sein sollten und es keine gute Lösung wäre, Frauen vor allem aufgrund ihres Geschlechts auszuwählen. Trotz dieser Vorbehalte sah die Mehrheit der Befragten strukturelle Hindernisse auf den weiblichen Karrierewegen in der Außenpolitik, weshalb das Quotensystem in bestimmten Bereichen zurzeit die beste Lösung sei. Geäußert wurde die Hoffnung, dass weitere Entwicklungen eintreten würden und im Laufe der Zeit gleiche Rechte und die Gleichbehandlung selbstverständlich werden würden.

Frauensolidarität, Frauenthemen, Frauennetzwerke?

Die Schwierigkeiten, sich karrieretechnisch zu behaupten, sowie die zahlenmäßig geringere Repräsentanz auf vielen Treffen und Podien weckt die Frage nach weiblicher Solidarität. Nach Meinung der Interviewpartnerinnen unterstützen sich Frauen nicht nur deshalb, weil sie Frauen sind (Geschlechtersolidarität), sondern bauen Unterstützung um ein konkretes Problem oder Vorhaben auf, abhängig von ihren Kompetenzen.

Viele Befragte fühlen sich dagegen als Repräsentantinnen der Frauen und wollen sowohl ihre Interessen als auch die für sie wichtigen Themen unterstützen. Gleichzeitig

geben sie zu, dass sie sich nicht sehr aktiv für Frauenbelange einsetzen würden, und verweisen auf Kolleginnen, die engagierter als sie selbst seien. Als Grund nennen sie, dass sie nicht das innere Bedürfnis hätten oder sich in anderen Bereichen engagieren. Viele meinen, dass das übermäßige Hervorheben dieses Themas zu seiner Karikierung und zu ungewollten Folgen führen könne. Daher wird der Aufbau von Frauennetzwerken in der Außenpolitik mit gemischten Gefühlen betrachtet. Zurzeit sind solche Netzwerke in Polen wenig entwickelt und ihre Chancen und Notwendigkeit werden nicht als hoch eingeschätzt. Die Verantwortung für diese Situation wird jedoch nicht nur den Frauen oder den Institutionen zugeschrieben, sondern den Eigenschaften der polnischen Gesellschaft und der polnischen politischen Kultur. In Polen ist das soziale Kapital niedrig, daher sind jedwede Formen des Netzwerkes nicht besonders entwickelt. Bevorzugt wird, Pools von Expertinnen und Experten aufzubauen, aus denen die Organisatorinnen und Organisatoren von Veranstaltungen und Journalistinnen und Journalisten schöpfen können.

In der Außenpolitik gibt es keine typisch weiblichen oder männlichen Themen. Frauen kennen sich gleichermaßen mit Themen wie Sicherheit und Energie aus und haben Positionen inne, von denen sie die Politik in ihrem Bereich gestalten können. Ein Teil der Interviewten unterstreicht allerdings den unterschiedlichen Arbeitsstil von Männern und Frauen. Gleichzeitig erklären die Respondentinnen, dass Frauen an manche Themen, beispielsweise Migration, etwas anders herangehen als Männer und Aspekte wahrnehmen, auf die ihre Kollegen gewöhnlich nicht achten.

Frauen in der Lokalpolitik

Bei den Selbstverwaltungswahlen im Jahr 2018 tauchte das Thema der Beteiligung von Frauen an der Politik in der öffentlichen Debatte und im Wahlkampf fast nicht auf. Der gesetzlich festgeschriebene Quotenmechanismus sollte nun schon zum zweiten Mal in den Selbstverwaltungswahlen gelten. War es jedoch richtig, dieses Thema nur schwach in die öffentliche Debatte aufzunehmen?

Die Daten für die Wahlen der Woiwodschaftslandtage (*sejmiki*) in den Jahren 2010, 2014 und 2018 zeigen die Erhöhung des Frauenanteils auf den Wahllisten. Im Jahr 2010 stellten Frauen knapp 30% aller für die *sejmiki* Kandidierenden, 44,5% im Jahr 2014 und 45,8% im Jahr 2018. Es ist davon auszugehen, dass dieser Anstieg vor allem eine Folge der Gesetzesänderungen war, das heißt des im Jahr 2011 eingeführten Quotenmechanismus: Er ordnet an, jedem Geschlecht mindestens 35% der Plätze auf den Wahllisten zu garantieren. Die Nichterfüllung dieser Verpflichtung würde dazu führen, dass die betreffende Wahlliste nicht registriert

werden würde. Die Unterschiede zwischen den Parteien beim Frauenanteil auf den Wahllisten sind relativ gering; bei den großen Wahlkomitees beträgt der Anteil 43,1 % auf den Wahllisten der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) und 50,6 % auf den Listen der Partei Die Grünen (*Partia Zieloni*). Die Präsenz auf einer Wahlliste ist nur ein erster Schritt zum Erfolg. Die Analysen zeigen deutlich, dass der jeweils eingenommene Platz auf der Liste am wichtigsten ist. Der Anteil der Frauen auf dem ersten Platz übersteigt für die größten Parteien nicht 24 %. Des größten Anteils von Frauen auf dem ersten Listenplatz unter den führenden Parteien kann sich die in Wertefragen gemeinhin als eher traditionell wahrgenommene Polnische Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) rühmen; bei ihr sind es 23,5 %. Bei der liberalkonservativen Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) liegt er einen Prozentpunkt niedriger, bei der *PiS* beträgt er zirka 19 % und 18 % bei *Kukiz '15*. Negativ setzt sich das Wahlkomitee des linken politischen Spektrums Demokratische Linksallianz – Linke Gemeinsam (*SLD – Lewica Razem*) ab. Hier machten die Kandidatinnen auf dem ersten Listenplatz nur 14 % von der Gesamtheit der ersten Plätze aus. Aus der Analyse der Staatlichen Wahlkommission (*Państwowa Komisja Wyborcza*) geht hervor, dass, obwohl der Anteil der Kandidatinnen auf den Wahllisten für die *sejmiki* im Jahr 2018 45,8 % betrug, der Anteil der Kandidatinnen, die ein Mandat erhielten, mit 28,8 % deutlich niedriger war. Der Anteil der in die Woiwodschaftslandtage gewählten Frauen war jedoch deutlich höher als bei den vergangenen Wahlen: In den Jahren 2010 und 2014 betrug er 22,6 % bzw. 23,1 %.

Auf den Wahllisten für die Kreisräte war der Anteil der Frauen ungefähr gleich hoch wie bei den Wahlen der *sejmiki* und betrug 46,1 % sowie 45,9 % für die Städte mit Kreisrecht. Im Vergleich zum Jahr 2010, als es keine verpflichtenden Quoten gab, unterschieden sich die Anteile mit damals zirka 30 % deutlich. Im Vergleich zu den Wahlen 2014 traten allerdings mit gut einem Prozentpunkt mehr keine großen Unterschiede auf. Ähnlich wie auf Woiwodschaftsebene sind die Anteile von Frauen unter den Kandidierenden auf den ersten drei Listenplätzen niedriger, was indirekt zeigt, dass Frauen trotz der gesetzlichen Änderungen seltener die »besten« Plätze bekommen. Der Anteil der Frauen auf den drei vordersten Plätzen betrug zirka 38 % bei den Kreiswahlen und 37 % bei den Wahlen der Städte mit Kreisrecht. Noch seltener wurden Frauen auf der Kreisebene auf den ersten Listenplatz gesetzt – 24 % in den Kreisen und 26 % in den Städten mit Kreisrecht. Dies platziert die Kreise unter die Woiwodschaftsebene und spiegelt sich in den Wahlergebnissen wider. Der Anteil der

in die Kreisräte gewählten Frauen beträgt knapp 24 %. Bezogen auf alle Ebenen der Selbstverwaltung fallen die Ergebnisse für die Kreise am schlechtesten aus. Etwas besser ist die Situation in den Städten mit Kreisrecht, hier beträgt der Frauenanteil knapp 27 %.

Bei der Betrachtung der Wahlen der Gemeinderäte muss einbezogen werden, dass sie nach anderen Regeln stattfinden, und zwar abhängig von der Größe der Gemeinde. Im Jahr 2018 galt in den Gemeinden über 20.000 Einwohner das proportionale Wahlverfahren; in diesem Punkt unterscheiden sie sich nicht von den Wahlen auf der Kreis- und der Woiwodschaftsebene. In jedem Wahlkreis werden die Mandate zunächst unter den verschiedenen Wahlkomitees verteilt, und erst dann wird festgelegt, welche Kandidatinnen und Kandidaten der betreffenden Komitees ein Mandat erhalten. In den Gemeinden unter 20.000 Einwohnern galt im Jahr 2018 wiederum die Einteilung in »Ein-Mandats-Kreise«, das heißt, die Wahlkreise wurden in der Weise festgelegt, dass die Kandidatinnen und Kandidaten jeweils um ein Mandat konkurrierten.

Im Jahr 2018 betrug der Frauenanteil auf den Wahllisten der Gemeinden mit über 20.000 Einwohnern 45,9 %. Bezogen auf die ersten drei Listenplätze waren es 37 % und im Falle der ersten Plätze 27,5 %. Diese Prozentanteile liegen relativ nahe bei denen der Wahlen zu den *sejmiki* und den Kreisräten, bei denen die Wahlordnung die gleiche ist. Etwas anders verhält es sich mit der Situation in den Gemeinden unter 20.000 Einwohnern, wo das Recht der »Ein-Mandats-Kreise« galt. Frauen stellten dort 35 %, was ein sieben bis elf Prozentpunkte besseres Ergebnis ist als in den Wahlen auf den anderen Selbstverwaltungsebenen und den größeren Gemeinden. Bemerkenswert ist außerdem, dass in den Gemeinden unter 20.000 Einwohner der Frauenanteil in den Kreisräten höher ist (31,2 %) als in den größeren Gemeinden (27,5 %), den Kreisen (23,8 %) und den Woiwodschaften (28,8 %).

Die Wahlen der Stadtpräsidentinnen und -präsidenten, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Ortsvorsteherinnen und -vorsteher wecken in Polen die größten Emotionen und sind außerdem diejenigen lokalen Wahlen, die sich am besten analysieren lassen. Charakteristisch in Polen ist, dass der Anteil der Frauen unter den Genannten sehr niedrig ist. Der Anteil der Frauen, die als Stadtpräsidentinnen kandidierten, belief sich im Jahr 2010 auf 13,2 %; vier Jahre später stieg er unbedeutend auf 14,4 % und bei den letzten Wahlen erreichte er 17,3 %. Nur wenig besser sieht die Situation bei der Wahl der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und der Ortsvorsteherinnen und -vorsteher aus. Die Anteile der Frauen bei den Wahlen betragen 2010: Bürgermeisterinnen – 13,2 %, Ortsvorsteherinnen – 13,8 %; 2014: Bürgermeisterinnen sowie Ortsvorsteherinnen: 16,3 %

und 2018: Bürgermeisterinnen 18,1 %, Ortsvorsteherinnen 18,3 %. Die verschiedenen Anteile liegen nah beieinander. Immer noch kommen statistisch auf eine Frau, die sich um eines dieser Ämter bewirbt, vier männliche Bewerber. Zwar lässt sich feststellen, dass die Anteile von Wahl zu Wahl steigen, allerdings in einem sehr langsamen Tempo. Es beträgt durchschnittlich zirka zwei Prozentpunkte pro vier Jahre im Falle der Kandidatinnen für die Funktion der Ortsvorsteherin bzw. Stadtpräsidentin und knapp 2,5 Prozentpunkte im Falle der Kandidatinnen für das Bürgermeisteramt. Wenn dieses Tempo beibehalten wird, wird sich das Verhältnis zwischen kandidierenden Männern und Frauen erst in über 50 Jahren angeglichen haben. Noch ungünstiger für die Frauen sind die Anteile bei den Wahlergebnissen. Der Anteil der Frauen unter den Stadtpräsidenten betrug im Jahr 2018 10,3 %, unter den Bürgermeistern 10,7 % und unter den Ortsvorstehern 12,9 %. In den Jahren 2010 bis 2018 ist er jeweils gestiegen, allerdings nicht bedeutend – für das Amt des Bürgermeisters um 1,5 Prozentpunkte und des Ortsvorstehers und Stadtpräsidenten um knapp vier Prozentpunkte.

Wo sind wir?

Die Selbstverwaltungswahlen 2018 waren die ersten landesweiten Wahlen nach den Parlamentswahlen im Jahr 2015, als die *PiS* die absolute Mehrheit im Sejm erlangt hatte und die Regierung bilden konnte. In diesen drei Jahren hat die Regierung viele Entscheidungen getroffen, die zahlreiche Kommentatorinnen und Kommentatoren der polnischen politischen Szene als Anti-Frauenpolitik interpretierten.¹ Es stand zu hoffen, dass sich in diesem

Der Text basiert auf Untersuchungen des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP) und der Heinrich-Böll-Stiftung, die ausführlich publiziert wurden in: Małgorzata Druciarek, Agnieszka Łada: *U wiosł i za sterem. Kobiety w polskiej polityce zagranicznej*. Warszawa 2019. Małgorzata Druciarek, Dariusz Przybysz, Izabela Przybysz: *Kobiety w polityce lokalnej. Strategie partii politycznych w wyborach samorządowych w 2018 roku*. Warszawa 2019.

Über die Autorinnen

Małgorzata Druciarek ist Leiterin des Observatoriums für Geschlechtergleichheit am Institut für Öffentliche Angelegenheiten (*Obserwatorium Równości Płci, Instytut Spraw Publicznych – ISP*), Warschau.

Dr. Agnieszka Łada ist Direktorin des Europäischen Programms am Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP), Warschau.

politischen Klima die Förderung der Frauen deutlich vergrößern würde im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen und dass die Parteien tatsächlich handeln, um die niedrige Repräsentanz der Frauen in der Politik auszugleichen. Die hier vorgestellten Analyseergebnisse zeigen allerdings, dass dies – wenn überhaupt – nur in sehr eingeschränktem Ausmaß stattfand. Sogar bei

den Parteien, die die Frage der Frauenrechte zu einer Leitlinie ihres Wahlkampfes machten, fehlten systematische Lösungen, die zur Wahl stehenden Kandidatinnen zu unterstützen, die hätten helfen können, die Position der Frauen in der Lokalpolitik zu stärken.

Die Analyse der Daten der Staatlichen Wahlkommission lässt eine Tendenz erkennen, die bereits in den

vergangenen Wahlen zu beobachten war: Je höher die Stufe der Selbstverwaltung, desto weniger Frauen in der Politik. Ein ähnliches Muster wird im Bereich der Außenpolitik deutlich. Obwohl ein großer Teil der Befragten die Situation und den Einfluss der Frauen auf die polnische Außenpolitik positiv bewertete, zeigen die statistischen Daten ein etwas anderes Bild dieses Bereiches. Die frauenspezifischen strukturellen Hindernisse stehen ihrer Karriere immer noch im Weg. Die öffentliche Debatte über die Präsenz der Frauen in der Politik sowie die Einführung rechtlich-institutioneller Veränderungen mit dem Ziel, die Chancengleichheit von Frauen und Männern im politischen Bereich zu vergrößern, sind in Polen notwendig, wenn wir nicht noch 50 Jahre auf reale Veränderungen warten wollen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Tabelle 1: Die Wahlen für das Amt des Stadtpräsidenten, Bürgermeisters oder Ortsvorstehers

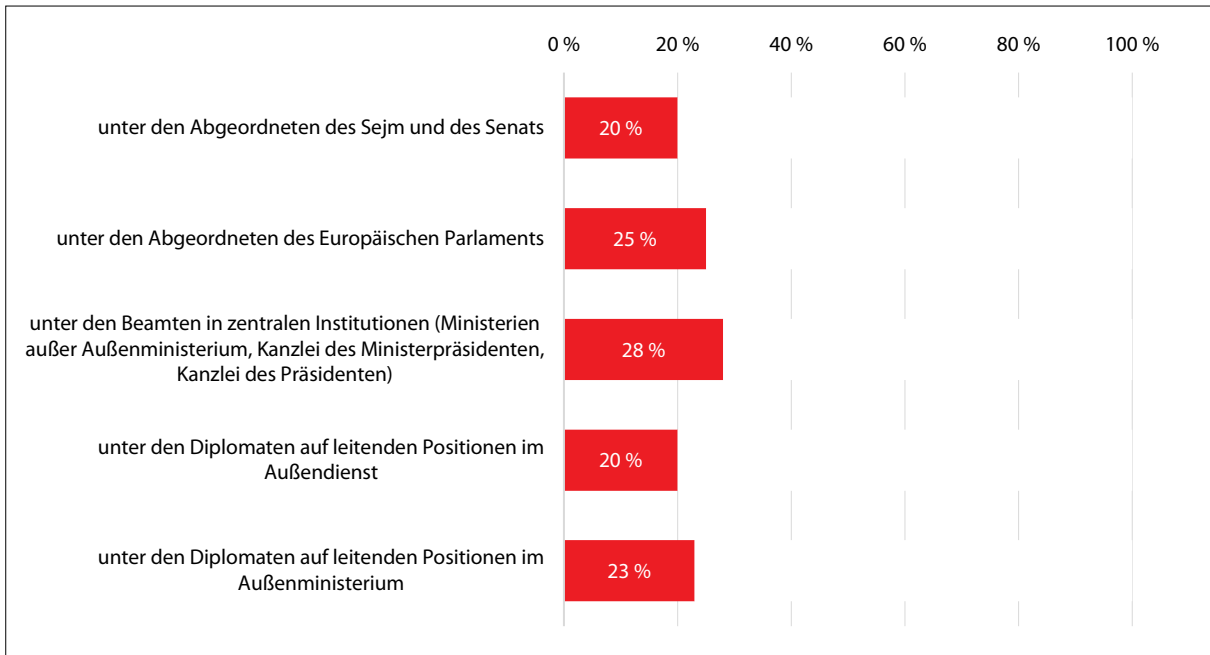
- insgesamt entfallen auf eine Bewerberin statistisch vier männliche Konkurrenten
- sollte die Anzahl der Kandidatinnen so wie bisher steigen, dann würde Parität erreicht sein
 - für die Wahlen der Bürgermeister im Jahr 2070
 - für die Wahlen der Ortsvorsteher im Jahr 2076
 - für die Wahlen der Stadtpräsidenten im Jahr 2081

Quelle: Małgorzata Druciarek, Agnieszka Łada: *U wiosł i za sterem. Kobiety w polskiej polityce zagranicznej*. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych/Fundacja im. Heinricha Boella 2019.

¹ M. Druciarek: *Prawa kobiet w czasach populizmu*. In: Instytut Idei 2017, Nr. 12: (S)prawa kobiet. <http://www.institutobywatelski.pl/27223/komentarze/spoleczenstwo-komentarze/prawa-kobiet-w-czasach-populizmu> (abgerufen am 06.05.2019).

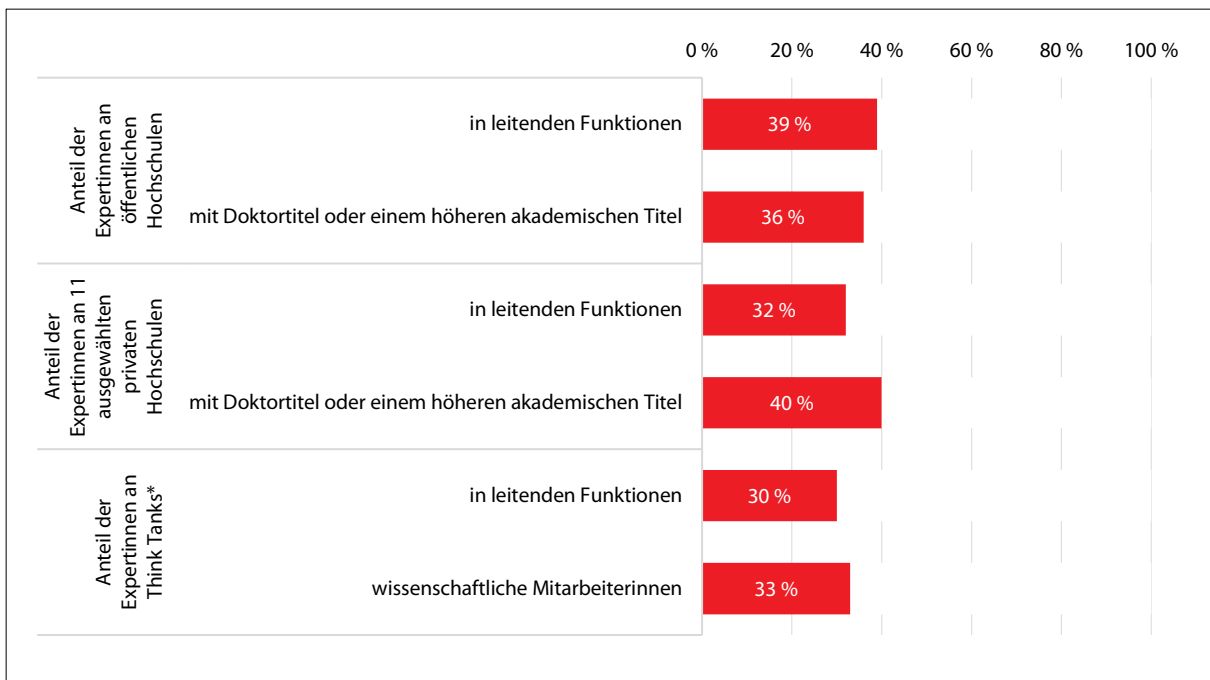
Frauen im Bereich polnische Außenpolitik

Grafik 1: Anteil der Frauen im Bereich polnische Außenpolitik



Quelle: Małgorzata Druciarek, Agnieszka Łada: *U wiosel i za sterem. Kobiety w polskiej polityce zagranicznej*. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych/Fundacja im. Heinricha Boella 2019.

Grafik 2: Expertinnen im Hochschulwesen und an Think Tanks im Bereich polnische Außenpolitik



*Untersucht wurden 20 öffentliche und private polnische Think Tanks, die mindestens seit fünf Jahren existieren und Außen- und Europapolitik als Forschungsgegenstand nennen.

Quelle: Małgorzata Druciarek, Agnieszka Łada: *U wiosel i za sterem. Kobiety w polskiej polityce zagranicznej*. Warszawa: Instytut Spraw Publicznych/Fundacja im. Heinricha Boella 2019.

16. April 2019 – 6. Mai 2019

16.04.2019	Vizeministerpräsidentin Beata Szydło, Jan Krzysztof Ardanowski, Minister für Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raumes, und Jarosław Sellin, Vizeminister für Kultur und Nationales Erbe, geben die Gründung des Nationalen Instituts für die Kultur und das Erbe des Dorfes bekannt. Dessen Hauptaufgabe wird die Erforschung, Dokumentation und Verbreitung des Wissens über die Kultur des ländlichen Raumes sein.
17.04.2019	Beim Besuch des Außenministers von Aserbaidschan, Elmar Mammadyarov, in Warschau unterstreicht Außenminister Jacek Czaputowicz mit Blick auf den Konflikt in Bergkarabach, dass Polen für die territoriale Integrität und Souveränität von Aserbaidschan in den international anerkannten Grenzen eintritt. Polen unterstützt die Fortsetzung der Friedensverhandlungen unter der Schirmherrschaft der OSZE. Weiter äußert er die Hoffnung, dass die Verhandlungen des neuen Rahmenabkommens über die Zusammenarbeit zwischen der EU und Aserbaidschan rasch beendet würden.
18.04.2019	Außenminister Jacek Czaputowicz nimmt am Außenministertreffen der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) und Frankreich in Pressburg (Bratislava, Slowakei) teil. Czaputowicz spricht sich für den Wettbewerb in der EU und gegen protektionistische Maßnahmen aus. Um Europa konkurrenzfähig zu halten, müssten die vier Freiheiten der EU (freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital) gestärkt werden.
19.04.2019	In Warschau findet am Denkmal der Ghettohelden in Anwesenheit von damaligen Aufständischen die Hauptgedenkenveranstaltung zum Ausbruch des Warschauer Ghettoaufstands gegen die nationalsozialistischen Besatzer vor 76 Jahren statt. Präsident Andrzej Duda wird von seinem Unterstaatssekretär Wojciech Kolarski vertreten.
19.04.2019	In Pruchnik (Südostpolen) wird am Karfreitag in der Öffentlichkeit ein seit Jahren nicht mehr praktizierter antijüdischer religiöser Brauch, das sogenannte »Judasgericht«, reaktiviert. Die Polizei leitet Ermittlungen ein.
23.04.2019	Der Bürgermeister von Pruchnik (Südostpolen) drückt in einer im Internet veröffentlichten Stellungnahme sein Bedauern über den antijüdischen religiösen Brauch, das sogenannte »Judasgericht«, aus, das vor drei Tagen am Karfreitag öffentlich zelebriert wurde. Es sei unverantwortlich, insbesondere Kinder bei der Inszenierung einbezogen zu haben. Er verstehe die Aktion als Provokation von bestimmten Milieus oder Einzelpersonen, denen der gute Ruf Pruchniks und Polens nichts wert sei.
24.04.2019	In Swinemünde (Świnoujście) wird in Anwesenheit von Präsident Andrzej Duda ein Vertrag unterzeichnet, der es dem Betreiber des dortigen Flüssiggasterminals, der Polskie LNG, gestattet, beim Europäischen Kohäsionsfonds und beim Europäischen Fonds für regionale Entwicklung eine Kostenerstattung in Höhe von max. 128 Mrd. Euro für den Ausbau des Terminals zu beantragen. Nach Angaben der Regierung würde diese Summe zwei Drittel der geplanten Gesamtkosten decken.
25.04.2019	Sławomir Broniarz, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polnischen Lehrerschaft (Związek Nauczycielstwa Polskiego – ZNP), kündigt das vorläufige Ende des landesweiten Schulstreiks zum 27.04. an und betont, dass der Streik im September wieder aufgenommen werden könne. Im Juni solle von der ZNP ein Runder Tisch für das Bildungswesen durchgeführt werden.
25.04.2019	In der Nacht vom 25. auf den 26.04. finden im Sejm die Debatte und die Abstimmung über das Misstrauensvotum gegen Bildungsministerin Anna Zalewska statt. Es wird mit 228 gegen 180 bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Den Antrag hatte die Bürgerplattform – Bürgerkoalition (Platforma Obywatelska – Koalicja Obywatelska – PO-KO) eingebracht. Sie begründete ihn mit Defiziten der Schulreform und dem fehlenden gesellschaftlichen Vertrauen gegenüber Zalewska.
26.04.2019	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki eröffnet in Warschau eine von der Regierung initiierte Bildungsdebatte. Die Teilnehmer sind Vertreter des Bildungssektors, des Parlaments, der Gewerkschaften, von Institutionen der Selbstverwaltung, der Eltern und der Schüler. Einige Gewerkschaften, darunter die Gewerkschaft der Polnischen Lehrerschaft (Związek Nauczycielstwa Polskiego – ZNP), lehnen die Teilnahme ab. Begründet wird dies damit, dass mit den landesweit streikenden Lehrern bisher keine Einigung über ihre Forderungen erzielt worden sei.
27.04.2019	Der von verschiedenen Lehrgewerkschaften landesweit organisierte Schulstreik der Lehrer wird nach 19 Streiktage aufgehoben.

28.04.2019	In Warschau hält die Partei Kukiz '15 ihren Parteitag zur Europawahl am 26. Mai ab. Parteichef Paweł Kukiz betont den Wert der Gleichheit für Europa. Es könne nicht sein, dass die Europäische Kommission die EU in der Hand habe und dabei nur den Interessen Deutschlands und Frankreichs diene. Der Parteichef der italienischen Fünf Sterne-Bewegung und stellvertretende Ministerpräsident Italiens, Luigi Di Maio, sagt in seiner Rede, beide Parteien zögen gemeinsam in den Wahlkampf und würden sich statt auf ideologische Fragen auf die Bedürfnisse der europäischen Bürger konzentrieren.
29.04.2019	Nach dem neuesten Bericht des Büros für Wirtschaftsinformation (Biuro Informacji Gospodarczej – BIG) und des Büros für Kreditinformationen (Biuro Informacji Kredytowej – BIK) betrug die Verschuldung der Baubranche in Polen zum Jahresende 2018 4,75 Mrd. Zloty, was einen Anstieg um 6% gegenüber 2017 bedeutet und ca. 43.000 Firmen des Bausektors betrifft.
30.04.2019	In einem im Internetportal Politico veröffentlichten Artikel stellt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki fünf Punkte zur Überwindung der Krisen der EU vor. Notwendig seien der Kampf gegen Ungleichheit, mehr Innovationen, die Bekämpfung von Monopolen und wirtschaftlichem Protektionismus, die Erhöhung der Ausgaben für den Schutz der Grenzen und der Schutz der Demokratie.
30.04.2019	Die internationale NGO World Justice Project in Den Haag gibt die Verleihung des Rule of Law Award an den Bürgerrechtsbeauftragten Polens, Adam Bodnar, und sein Kollegium bekannt. Die Auszeichnung wird für außerordentliche Errungenschaften zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit vergeben.
01.05.2019	In seiner Rede zum 15. Jahrestag des EU-Beitritts Polens sagt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, dass die EU-Mitgliedschaft nicht ausschließe, für die polnischen Interessen zu kämpfen. Seine Regierung verfolge das Ziel, sowohl für die eigenen nationalen Interessen als auch für die europäische Solidarität einzutreten. Ein solidarisches Europa sei besser als ein Europa der zwei Geschwindigkeiten; Europa, das auf den Wert der Familie setze, sei sicherer als ein Europa der Revolution und der kulturellen Experimente.
01.05.2019	Aus Anlass der EU-Erweiterung um zehn Mitgliedsstaaten (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern) am 1.05.2004 findet in Warschau auf Initiative von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki der Gipfel »Together for Europe – High Level Summit« statt. Teilnehmer sind die Regierungschefs oder andere hohe Vertreter dieser Länder sowie von Bulgarien und Rumänien, die im Jahr 2007 der EU beitraten.
02.05.2019	In seiner Ansprache zum Tag der Polonia und der im Ausland lebenden Polen betont Senatsmarschall Stanisław Karzewski die übergreifende Gemeinschaft der Polen. Verbindend seien die Bestrebungen, dass Polen und die Polen unter anderen Nationen erfolgreich sind und eigene Spuren hinterlassen sowie die eigenen Werte in das Leben der aufnehmenden Gesellschaft einbringen.
03.05.2019	In Warschau finden die Hauptfeierlichkeiten zum Tag der Verfassung vom 3. Mai 1791 statt. Dazu gehören eine »Messe für das Vaterland«, die Verleihung des Ordens des Weißen Adlers durch Präsident Andrzej Duda sowie eine Militärparade mit über 2.000 Soldaten der Polnischen Armee und verbündeter Streitkräfte. In seiner Rede sagt Duda, ein starker Staat zeichne sich durch innere und äußere Sicherheit aus; diese werde von effektiven und gut ausgerüsteten Streitkräften gewährleistet. Die Modernisierung der polnischen Armee sei die große Aufgabe der kommenden Jahre.
04.05.2019	Jarosław Gowin, Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen, kritisiert in einem Brief an den Rektor der Universität Warschau (UW), Marcin Pałys, dass eine angemessene Reaktion auf die Ansprache des Chefredakteurs des Magazins »Liberté«, Leszek Jażdżewski, am Vortag an der UW fehle. Jażdżewski hatte sich kritisch zu der Rolle der katholischen Kirche in Polen geäußert. Auf Twitter hatte sich Pałys bereits von der Rhetorik Jażdżewskis distanziert. Jażdżewski hatte als Mitorganisator eines Auftritts von EU-Ratspräsident Donald Tusk an der UW seine Rede gehalten.
06.05.2019	In einem Interview für die Boulevardzeitung »Super Express« zieht Präsident Andrzej Duda eine positive Bilanz der Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union und hebt den zivilisatorischen Entwicklungssprung hervor, den Polen im wirtschaftlichen Bereich durch die EU-Unterstützung gemacht hat. Die Zugehörigkeit zur EU sei polnische Staatsräson.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2019 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,
64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: info@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

